

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff,
Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6538 –**

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien stärken – Entwicklungsleistungen
für Solar- und Windenergie streichen und ökonomisches Potential in der
Energiepolitik nutzen**

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass die Wirtschaft und Bevölkerung der Republik Indien beständig wachsen. Es sei davon auszugehen, dass das Land sich bis 2050 zum bevölkerungsreichsten Land und zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickeln werde. Als sechstgrößte Volkswirtschaft und Nuklearmacht mit demokratischer und stabiler Regierungsführung die die Republik Indien in vollem Umfange fähig, ihre entwicklungspolitischen Zielsetzungen selbständig und eigenverantwortlich zu erreichen und dementsprechend sei die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) nicht weiter zu rechtfertigen.

Die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Indien liege, nach Auffassung der Antragsteller, im nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Es zeichneten sich Fortschritte in der deutsch-indischen Zusammenarbeit bei der Künstlichen Intelligenz und Robotik ab. In anderen Feldern, wie der Energiewirtschaft, bleibe sie jedoch weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, obwohl das nach Ansicht der Antragsteller, ein großes ökonomisches Potenzial für die deutsche Wirtschaft eröffnen würde.

Die Tatsache, dass die Republik Indien immer noch den Status eines Entwicklungslandes innehaben würde, stehe in keinem angemessenen Verhältnis zu dem wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsstand des Landes.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der
AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6538 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellvertretender Vorsitzender

Nadja Sthamer
Berichterstatterin

Nicolas Zippelius
Berichterstatter

Karoline Otte
Berichterstatterin

Till Mansmann
Berichterstatter

Markus Frohnmaier
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Nadja Sthamer, Nicolas Zippelius, Karoline Otte, Till Mansmann und Markus Frohnmaier

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6538** in seiner 100. Sitzung am 27. April 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, die Republik Indien nicht weiterhin als Entwicklungsland zu behandeln und dementsprechend keine Entwicklungsleistungen insbesondere im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) an die Republik Indien zu verausgaben. Außerdem sollen keine zinsvergünstigten Darlehen im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mehr gewährt werden.

Die Bundesregierung solle die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Indien intensivieren; das solle insbesondere bei der Kohle- und Kernenergie im Energiebereich sowie im Automobilsektor geschehen.

Darüber hinaus solle sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) dafür einsetzen, dass der Republik Indien die Zollpräferenzen entzogen werden. Auf der Ebene der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) solle die Bundesregierung im Development Assistance Committee (DAC) darauf hinwirken, dass der Republik Indien der Status eines Entwicklungslandes aberkannt wird.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, in der World Trade Organisation (WTO) darauf hinzuwirken, dass sich die Republik Indien gegenüber der Welthandelsorganisation nicht weiterhin als Entwicklungsland einstuft.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6538 in seiner 40. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6538 in seiner 45. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6538 in seiner 37. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass die Bundesregierungen der Ampelkoalition und auch die der Großen Koalition nicht in der Lage wären, einen Weg zu finden, mit aufstrebenden Wirtschaftsmächten richtig umzugehen. Immer noch würden zwei Drittel der Entwicklungsleistungen in Deutschland nicht an „least developed countries“ gehen, sondern an aufstrebende Wirtschaftsmächte. Wenn man auf Indien blicke, dann müsse man nüchtern feststellen, dass das Land ein eigenes Nuklearprogramm, ein eigenes Raumfahrtprogramm und eine der größten Armeen der Welt habe. Gleichzeitig erhalte Indien im Rahmen der WTO immer noch Handelspräferenzen, und keiner hätte das in den letzten Jahren in Frage gestellt. Man hätte sich teilweise sogar gegen die Regierung Trump gestellt, die sehr früh erkannt hätte, dass hier ein Ungleichgewicht herrsche. Die Bundesregierung fördere in Indien im Bereich Energie ausschließlich Erneuerbare Energien (EE) obwohl das Land versuche, einen gesunden Energiemix zu fahren. Hier könnte man in vielen Bereichen die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren, aber stattdessen fördere Deutschland E-Rikschas. Man bezahle für die Förderung der EE 10 Mrd. Euro, und Indien nutze diese Mittel, um dafür russische Energie zu kaufen. Deutschland sei vertraglich verpflichtet und bezahle diese russische Energie immer noch, aber man nehme sie nicht mehr ab. Die Inder würden sie abnehmen, quasi durch Deutschland subventioniert, und dann würden sie das Ganze, übrigens noch teurer, wieder nach Europa und Deutschland verkaufen. Das sei eine Politik, die die Fraktion der AfD nicht mittragen könne, und deshalb habe man den Antrag gestellt. Die anderen mögen prüfen, ob es zeitgemäß sei, eine aufstrebende Wirtschaftsmacht, wie Indien, weiterhin als Entwicklungsland zu behandeln. Man möge auch prüfen, ob es nicht klüger wäre, sich breiter bei den Energiepartnerschaften aufzustellen und nicht ausschließlich auf die Förderung EE zu setzen. Es gebe andere Bereiche, wo Deutschland die Inder unterstützen und dieses zu beiden Seiten vorteilhaft gestalten könnte.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass der vorangegangene Wortbeitrag einmal mehr deutlich gemacht habe, wie populistisch die Fraktion der AfD vorgehe und wie eindimensional ihr Blick auf die Welt sei. Sie würden die Notwendigkeit einer nachhaltigen Zusammenarbeit mit Indien verkennen, denn die Probleme, die man in Indien löse, hätten eine Breitenwirkung und eine Strahlkraft in die Welt. Auch wenn es die Antragsteller nicht verstehen würden, seien die gezahlten Gelder vorrangig, und das sei in den letzten Verhandlungen der beiden Länder nochmals deutlich geworden, über Darlehen der KfW vergeben worden. Diese müssten theoretisch zurückgezahlt werden, und das sei praktisch wahrscheinlich auch geschehen. Wenn man die Klimakrise global und nachhaltig beantworten wolle, dann sei es enorm wichtig, mit Indien zusammenzuarbeiten und eine strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Indien zu vereinbaren. Eine solche kritisch konstruktive Zusammenarbeit beinhalte auch eine ständige Überprüfung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Es müsse allen sehr klar sein, dass die klimaresilienten und nachhaltigen Entwicklungen in Indien massiv bedeutend seien, wenn man bei der Klimakrise weiterkommen wolle. Eine Kooperation sei auch deswegen wichtig, damit alle Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) erreicht werden könnten und die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichbar blieben. Die Fraktion der SPD lehne den Antrag ab, denn man sei weiterhin an einer Partnerschaft mit Indien interessiert, denn nur gemeinsam werde man die Herausforderungen nachhaltig meistern.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass Indien eine Schlüsselrolle bei der Lösung globaler Herausforderungen, wie bei Umweltfragen, dem Klimaschutz und der Armutsminderung, spiele. Auch wenn das Land mit 1,4 Milliarden Einwohnern in der Summe eine hohe Wirtschaftsleistung besitze, betrage das Pro-Kopf-Einkommen lediglich rund 2.300 US-Dollar pro Jahr. Nach wie vor müssten Millionen Menschen unterhalb der absoluten Armutsschwelle mit nur rund 2 US-Dollar am Tag leben. Indien sei ein unverzichtbarer Akteur bei der Lösung globaler Zukunftsfragen, und hier nehme die EZ vor allem eine strategische Komponente ein. Selbst in dem Antrag werde anerkannt, dass die „Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Indien im nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland“ liege. Aber man blende aus, dass die EZ bei der Lösung, zum Beispiel von Umweltfragen, nützlich sei. Dabei arbeite Deutschland schon jetzt vor allem mit Kreditfinanzierungen, die der Leistungsfähigkeit Indiens angemessen seien. Diese würden für beide Seiten strategisch wichtige Bereiche, wie EE, abdecken; diese Darlehen zahle Indien verzinst zurück. Diese Verfahren wolle die Fraktion der AfD mit ihrem Antrag stoppen. Es werde einmal mehr verkannt, dass es im eigenen Interesse sei, mit Schwellenländern bei Projekten der deutschen EZ gemeinsame Ziele zu verfolgen. Die Fraktion der CDU/CSU lehne diesen Antrag ab. Selbstverständlich würde die Entwicklung Indiens eng begleitet und das deutsche Engagement fortlaufend geprüft, und das mache man auch generell im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ), der die deutsche EZ auch als Teil eines strategischen außenpolitischen Ansatzes verstehe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass man sich den Argumenten der Kollegin und des Kollegen anschließe. Indien erreiche beim Human-Development-Index (HDI) lediglich Platz 132 von 191. Damit sei das Land eindeutig im Umfeld anderer Partnerländer der deutschen EZ anzusiedeln, und das sehe auch die OECD ähnlich. Deutschland trage eine erhebliche Verantwortung für die Auswirkungen der Klimakrise und müsse nun handeln. Deshalb werde die Erzeugung von EE bei der gemeinsamen Zusammenarbeit zurecht in den Vordergrund gestellt, und diesen Fokus sollte man beibehalten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass die Vorrednerinnen und Vorredner bereits vieles angesprochen hätten. Indien sei als großes demokratisches Land ein wichtiger Partner für Deutschland. Mit einem demokratischen Partner sei es einfacher, wirtschaftliche Fragen zu erörtern und zu lösen. Partnerschaften mit solchen Ländern seien auch bei wirtschaftlichen Aspekten einfacher, denn das globale Handelssystem sei ein partnerschaftliches System, und da müsse man nicht ständig Konkurrenzbetrachtungen in den Vordergrund stellen. In der Definition von Entwicklungsländern gebe es sinnvolle Kriterien, und demnach sei Indien nicht so weit. Alle hofften, dass Indien in den nächsten Jahrzehnten aus diesem Status herauskomme, denn das wäre ein großer Fortschritt für die Welt. Im Augenblick gebe es allerdings noch sehr große Probleme, gerade im Bereich der Armutsbekämpfung. Im Übrigen sei im Energiebereich die Effizienz von Maßnahmen hinsichtlich der CO₂-Einsparung in Indien häufig sehr viel höher als bei Maßnahmen, die man in Deutschland durchführe. Deswegen seien die Partnerschaften im Bereich der EE ganz besonders wichtig. Die Fraktion der FDP lehne den vorliegenden Antrag ab.

Berlin, den 14. Juni 2023

Nadja Sthamer
Berichterstatlerin

Nicolas Zippelius
Berichterstatter

Karoline Otte
Berichterstatlerin

Till Mansmann
Berichterstatter

Markus Frohnmaier
Berichterstatter

